

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/2010/003/1

Fachbereich/Amt: I - Kämmerei Datum: 20.01.2010
Bearbeiter-in/Tel.: Herr Wichelmann / 604-200

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr	26.01.2010	öffentlich
Verwaltungsausschuss	26.01.2010	nicht öffentlich
Rat der Gemeinde	09.02.2010	öffentlich

Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010

In der mit der Einladung zum WuFF 26.01. versandten Vorlage haben wir bereits dargestellt, dass der sich abzeichnende Einbruch der Einnahmen aus der Gewerbesteuer eine unverzügliche neue Beratung des Haushalts 2010 erforderlich macht.

Ausgangssituation

Am 15.12.2009 hat der Gemeinderat den Haushalt 2010 beschlossen. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.643.300 €. Im Finanzhaushalt ist ein Defizit in Höhe von 2.544.400 € veranschlagt. Der Rat hat beschlossen, dass die Hebesätze für die gemeindlichen Realsteuern zum Jahr 2010 um jeweils 10 Prozentpunkte steigen.

Trotz dieser negativen Zahlen musste kein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet werden, da der Überschuss aus dem II. Nachtragshaushalt 2009 in Höhe von 2.767.400 € zur Deckung des Defizites des Jahres 2010 ausreicht und damit der Haushaltsausgleich für das Jahr 2010 gemäß § 82 NGO als erreicht gilt. Für die Folgejahre sieht der Finanzplan wieder positive Abschlüsse vor.

Haushaltsänderungen

Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer ist von 330% auf 340% angehoben worden. Bei einem Vorauszahlungssoll von rd. 7,2 Mio € wurde der Haushaltsansatz auf 9 Mio € festgesetzt, da Steuernachzahlungen erwartet wurden.

Wir haben nun Festsetzungsbescheide des Finanzamtes für das Jahr 2008 erhalten. Diese sehen eine Reduzierung des Vorauszahlungssolls für 2010 um 1 Mio € und die Erstattung bereits erhaltener Steuerzahlungen für das Jahr 2008 in Höhe von 1,75 Mio € vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dadurch das Vorauszahlungssoll auf 6,1 Mio € gesunken, wovon noch die Steuererstattung von 1,75 Mio € abzuziehen ist. Zur Zeit sind daher nur Steuereinnahmen in Höhe von 4,3 Mio € für dieses Jahr veranlagt.

Diese Zahl sollte auch Ausgangspunkt für die Haushaltsüberlegungen sein. Die im Ursprungshaushalt ausgesprochene Erwartung, Steuernachzahlungen im siebenstelligen Bereich zu erhalten, lässt sich nach den jetzt erhaltenen Bescheiden nicht mehr aufrecht er-

halten. Größere Nachzahlungen sind nicht zu erwarten.

Aus Sicht der Verwaltung muss daher der Einnahmeansatz auf 5 Mio € reduziert werden. Dieser Ansatz beinhaltet immer noch eine optimistische Einschätzung, da er 700.000 € über dem gegenwärtigen Stand liegt.

Gewerbesteuerumlage

Durch die Reduzierung der Gewerbesteuer sinkt auch die Umlagenzahlung. Der Ansatz kann um 845.000 € auf 1.415.000 € reduziert werden.

Finanzausgleich 2011

Die Entwicklung der Gewerbesteuer in diesem Jahr führt zu einer deutlichen Reduzierung der gemeindlichen Steuerkraft bei der Berechnung des Finanzausgleichs 2011. Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen kann daher im Jahr 2011 um 1.250.000 € auf 5.750.000 € angehoben werden.

Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung

Durch die o.g. Veränderungen verschlechtert sich der Haushalt um insgesamt 3.155.000 €. Die Defizite betragen dann 4.798.300 € im Ergebnishaushalt und sogar 5.699.400 € im Finanzhaushalt.

Wir haben in der Vergangenheit häufig darauf hingewiesen, dass der Gemeindehaushalt strukturell unterfinanziert ist. Um diesem Problem zu begegnen, müssen die Hebesätze der Gemeinde langfristig auf den Landesdurchschnitt angepasst werden.

Der Gewerbesteuereinbruch in diesem Jahr ist u.E. aber kein strukturelles Problem. Das Aufkommen der Gewerbesteuer ist immer schon großen Schwankungen unterworfen gewesen. Im Jahr 2009 haben wir im positiven Sinn ein Rekordergebnis bei der Gewerbesteuer erzielt und müssen nun in diesem Jahr voraussichtlich mit den niedrigsten Gewerbesteuereinnahmen seit dem Jahr 1991 auskommen. Da wir gleichzeitig im Finanzausgleich 2010 für die hohen Steuereinnahmen 2009 „bestraft“ werden, kumulieren sich die gegenläufigen Aspekte zu einem solch hohen Haushaltsdefizit im Jahr 2010. Dem Defizit des Jahres 2010 von 4,8 Mio € stehen Überschüsse in den Jahren 2009 und 2011 in Höhe von 2,8 Mio € und 1,2 Mio € gegenüber. Auch für die Folgejahre sind Haushaltsüberschüsse veranschlagt.

Das Haushaltsdefizit des Jahres 2010 ist daher trotz der beträchtlichen Höhe vor allem eine temporäre Erscheinung, dem mit kurzfristig greifenden Maßnahmen begegnet werden sollte. Da bei den Haushaltsberatungen im vorigen Herbst keine weiteren kurzfristigen Ausgabenreduzierungen umsetzbar waren, bietet sich eine nur für das Jahr 2010 geltende Erhöhung der Hebesätze an. Bei einer Anhebung der Grundsteuern A und B auf den Landesdurchschnitt der Gemeinden unter 100.000 Einwohner und der Gewerbesteuer auf den für Personengesellschaften abzugsfähigen Hebesatz von 380% würden folgende Mehreinnahmen erzielt:

Steuer	Landesdurchschnitt 2009	Hebesatz BZ	Neuer Hebesatz für 2010	Mehreinnahme
Grundsteuer A	342%	310%	340%	34.000 €
Grundsteuer B	352%	330%	350%	224.000 €
Gewerbesteuer	353%	340%	380%	<u>718.000 €</u>
Summe				976.000 €

Haushaltssicherungskonzept

Gemäß § 82 Abs.5 NGO gilt der Haushalt als ausgeglichen, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann oder nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die vorgetragene Fehlbeträge spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr ausgeglichen werden können. Wenn der Haushalt in dieser Form ausgeglichen werden kann, muss kein Haushaltssicherungskonzept beschlossen werden.

Im II. Nachtragshaushalt 2009 ist ein Überschuss in Höhe von rd. 2,8 Mio € veranschlagt. Die Finanzplanung sieht für die Jahre 2011 und 2012 Überschüsse in Höhe von insgesamt rd. 2,9 Mio € vor. Die beiden in § 82 Abs.5 genannten Kriterien sind bei dem zu erwartenden Defizit 2010 von 4,8 Mio € für sich betrachtet nicht erfüllt, kumuliert aber schon.

Ein Haushaltssicherungskonzept muss sorgfältig vorbereitet werden. In dem Konzept sind nicht nur Sicherungsmaßnahmen zu benennen, sondern auch deren finanzielle Auswirkungen konkret zu beziffern. Wenn im Folgejahr nochmals ein Sicherungskonzept zu erstellen ist, ist darüber hinaus über den Vollzug des letzten Konzeptes zu berichten. Ein solches Konzept können wir nicht innerhalb weniger Tage erstellen. Für die WuFF-Sitzung im Mai werden wir ein Sicherungskonzept vorbereiten.

In einem ersten Abstimmungsgespräch mit der Kommunalaufsicht hat diese deutlich gemacht, dass sie strukturelle Einsparungsmaßnahmen für dringend erforderlich hält. Vor der WuFF-Sitzung wird ein weiteres Abstimmungsgespräch hierzu stattfinden. Über das Ergebnis des Gespräches werden wir in der Sitzung berichten.

Weitere Änderungen im Haushalt

Kreditaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse

Im Ursprungshaushalt ist ein Ansatz von 1.182.300 € veranschlagt. Neben einigen kleinen Maßnahmen hatten wir hier die letzte Kreditrate für den Neubau der Hauptschule (683.900 €) und ein Darlehen für den ersten Bauabschnitt der Realschulsanierung veranschlagt. Inzwischen liegt uns ein Bescheid des Landkreises vor, dass wir in diesem Jahr noch kein Darlehen für die Realschule erhalten werden. Der Ansatz ist daher um 482.300 € auf 700.000 € zu reduzieren.

Der Ansatz für Kreditaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse liegt höher als unsere Gesamtkreditaufnahme von 385.000 €. Im Ursprungshaushalt ist zum Ausgleich dieser beiden Positionen eine außerordentliche Tilgung (bei den anstehenden Umschuldungen) in Höhe der Differenz von 797.300 € veranschlagt. Dieser Betrag sinkt nun ebenfalls um 482.300 € auf 315.000 €. Die Gesamtkreditaufnahme beträgt damit unverändert weiterhin 385.000 €.

Liquiditätskredite

In der vom Gemeinderat am 15.12.2009 beschlossenen Haushaltssatzung ist eine Liquiditätskreditermächtigung über 7 Mio € festgesetzt. Aufgrund der dramatischen Haushaltsverschlechterung wird diese Ermächtigung nicht ausreichen, um die Liquidität der Gemeindekasse sicherzustellen. Über das Jahr gesehen dürfte dieser Betrag ausreichen, da der Finanzhaushalt für das gesamte Jahr 2010 zwar mit rd. 5,6 Mio € einen beträchtlichen Mittelabfluss vorsieht, wir aber angesichts eines Bankguthabens von rd. 600.000 € zu Beginn des Jahres zum Jahresende einen Liquiditätskreditstand von 5 Mio € nicht überschreiten dürften.

Während des Jahres wird die Gemeinde ihr Konto aber noch weiter überziehen müssen. Dies liegt an der ungleichmäßigen Verteilung der Einnahmeterminen. Bis Ende April wird die

Gemeinde fast überhaupt keine Einnahmen erzielen. In der Liquiditätsplanung haben wir für den Zeitraum bis Ende April für die Ein- und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit eine Unterdeckung von rd. 7 Mio € ermittelt. Aus den Ein- und Auszahlungen für Investitionen sind für diesen Zeitraum weitere Belastungen zu erwarten, so dass die Ermächtigung in der Haushaltssatzung auf 9 Mio € heraufgesetzt werden sollte. Im Mai erwarten wir höhere Einnahmen, so dass für den Rest des Jahres der Liquiditätskreditstand auf einen etwas niedrigeren Stand sinken dürfte.

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 sowie das Investitionsprogramm 2009 bis 2013 werden in der beratenen Form beschlossen.

Externe Anlagen:

1. Gesamtbudget 2009 – 2013
2. Haushaltsplandaten

Tischvorlage für die WuFF-Sitzung 26.01.2010

		Vorlage Nr.: BV/2010/003/2
Fachbereich/Amt:	I - Kämmerei	Datum: 26.01.2010
Bearbeiter-in/Tel.:	Herr Wichelmann / 604-200	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr	26.01.2010	öffentlich
Verwaltungsausschuss	26.01.2010	nicht öffentlich
Rat der Gemeinde	09.02.2010	öffentlich

Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010

In einer Besprechung am heutigen Tage hat die Kommunalaufsicht ihre Sicht der Haushaltssituation in Bad Zwischenahn geschildert. Danach könne der Haushalt 2010, der sich derzeit im Genehmigungsverfahren befindet, aufgrund der drastischen Verschlechterung der Einnahmesituation nur im Zusammenhang mit dem I. Nachtragshaushalt genehmigt werden. Da der Ergebnishaushalt 2010 unausgeglichen ist und dieses Defizit weder durch die Überschussrücklage aus dem Jahr 2009 noch durch für die Jahre 2011 und 2012 zu erwartende Überschüsse ausgeglichen werden könne, müsse gemäß § 82 NGO zusammen mit dem Haushaltsbeschluss über den I. Nachtrag ein Beschluss zum Haushaltssicherungskonzept gefasst werden.

Die Kommunalaufsicht hat Verständnis dafür, dass die Gemeinde aufgrund des unerwartet

aufgetretenen Haushaltslochs nicht bis zur Ratssitzung am 9. Februar ein komplettes Haushaltssicherungskonzept aufstellen und beraten könne. Um die Genehmigung aussprechen zu können, ist nach Ansicht der Kommunalaufsicht aber erforderlich, dass der Gemeinderat beschließt, dass die nachfolgenden Punkte in das im Mai im WuFF zu beratende Haushaltssicherungskonzept aufgenommen werden:

1. Zuschuss an die Bad Zwischenahner Touristik Gesellschaft

Der Haushaltsansatz 2010 beträgt 525.000,-€. Zur Haushaltssicherung wird der Zuschuss in den kommenden Jahren wie folgt zurückgeführt:

2011	475.000,-€
2012	425.000,-€
2013	400.000,-€

2. Bibliothek

Es ist eine Stelle zu streichen, Einsparung jährlich ca. 40.000,-€

3. Jugendpflege

In den Jugendeinrichtungen Stellwerk und Petersfehn ist insgesamt eine Stelle zu streichen, Einsparung jährlich ca. 50.000,-€

4. Sportplatz Rostrup

Es werden zwei Sportplätze aufgegeben, die Flächen werden als Bauplätze veräußert. Bei einem Verkauf zum Richtwert von 80,-€/qm könnte voraussichtlich nach Abzug der Erschließungskosten ein Erlös von rd. 360.000,-€ erzielt werden. Dieser Verkaufserlös wird zur Schuldenreduzierung genutzt und nicht zur Herrichtung des Stadions.

5. Sonstige freiwillige Ausgaben

Im Bereich der freiwilligen Ausgaben werden die Mittel um 20.000,-€ gekürzt.

Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr (WuFF) am 26.01.2010:

Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Hebesätze wie folgt zu ändern:

	Bisher	Erhöhung	Neu
Grundsteuer A	310 %	20 %	330 %
Grundsteuer B	330 %	20 %	350 %
Gewerbsteuer	340 %	20 %	360 %

Voraussetzung sei jedoch, dass auch die Ausgaben auf den Prüfstand kommen. Diese Erhöhung solle nur für das Jahr 2010 gelten.

Anmerkung:

Durch die Erhöhung der Hebesätze um jeweils 20 Prozentpunkte, würde der Haushalt um insgesamt rund 600.000 € entlastet werden.

Die Fraktion DIE GRÜNEN signalisiert eine Zustimmung zur Steuererhöhung. Auch die Ausgaben müssten aber kritisch durchleuchtet werden, wobei gewisse soziale Standards

zu halten seien, um handlungsfähig zu bleiben.

Die SPD-Fraktion signalisiert ebenfalls eine Bereitschaft, dem Vorschlag der CDU zuzustimmen. Eine fraktionsinterne Beratung sei noch notwendig, es müsse allerdings auch ein aussagekräftiges Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion kommt der WuFF überein, zunächst keinen Sachbeschluss zu fassen. Die Informationen der Tischvorlage seien noch fraktionsintern zu beraten.

Am 09.02.2010 findet vor der Ratssitzung eine Sitzung des Verwaltungsausschusses unter Hinzuladung der WuFF-Mitglieder statt, in der der Nachtragshaushalt beschlussmäßig beraten wird.

Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses am 09.02.2010 für die nachfolgende Ratssitzung:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 wird in der beratenen Form beschlossen. Die Erhöhung der Hebesätze gilt für 2010. Die Finanzplanung bleibt unverändert.

Ferner wird ein Haushaltssicherungskonzept nach § 82 NGO aufgestellt, in dem u. a. die in der Beschlussvorlage BV/2010/003/2 genannten Punkte oder entsprechende Alternativen aufgenommen werden. Dabei sind die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes noch insgesamt beschlussmäßig zu beraten.

Ratsbeschluss vom 09.02.2010:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 wird in der beratenen Form beschlossen. Die Erhöhung der Hebesätze gilt für 2010. Die Finanzplanung bleibt unverändert.

Ferner wird ein Haushaltssicherungskonzept nach § 82 NGO aufgestellt, in dem u. a. die in der Beschlussvorlage BV/2010/003/2 genannten Punkte oder entsprechende Alternativen aufgenommen werden. Dabei sind die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes noch insgesamt beschlussmäßig zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	-